



Niederschrift

Umwelt- und Agrarausschuss

20. Wahlperiode – 27. Sitzung

am Mittwoch, dem 27. März 2024, 12:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Heiner Rickers (CDU), Vorsitzender

Rixa Kleinschmit (CDU)

Anette Röttger (CDU), in Vertretung von Cornelia Schmachtenberg

Sönke Siebke (CDU)

Manfred Uekermann (CDU)

Silke Backsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Thomas Hölck (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Christian Dirschauer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Thomas Jepsen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Küstenschutzstrategie 2100 und nachhaltiges Tourismuskonzept für die Ostseeküste	4
	Bitte der Abgeordneten Sandra Redmann (SPD) in der gemeinsamen Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses (18. Sitzung) und des Innen- und Rechtsausschusses (35. Sitzung) am 1. November 2023 Vorschlag der Landesregierung	
2.	Gespräch mit dem Landesverband der Gartenfreunde	9
3.	Gespräch mit den schleswig-holsteinischen Kommissionsmitglieder Leitbildkommission Zukunft Ostseefischerei	16
4.	Information/Kenntnisnahme	25
	Umdruck 20/2760 – Antworten des MLLEV auf Nachfragen zu Einzelplan 08 Umdruck 20/2769 – Antworten des MEKUN auf Nachfragen zu Einzelplan 13 sowie Kapitel 12 13 und 16 13	
5.	Verschiedenes	26
	a) Zukunft der Biogasbranche und Rolle der Branche in der Kraftwerksstrategie	26
	b) Biologisches Moorschutzprogramm/Flächentausch	26
	c) Munitionsbergung aus der Ostsee	26
	d) Rückbau des Kernkraftwerks Brokdorf und Weiternutzung/Alternative Nutzung des Standorts	26
	e) Besuch des U.S.-German Forum Future Agriculture des Aspen-Instituts Germany und des Agriculture College der University of Illionois	26

Der Vorsitzende, Abgeordneter Rickers, eröffnet die Sitzung um 12:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der folgenden Reihenfolge abgehandelt: 1, 2, 4, 5, 3.

1. Küstenschutzstrategie 2100 und nachhaltiges Tourismuskonzept für die Ostseeküste

Bitte der Abgeordneten Sandra Redmann (SPD) in der gemeinsamen Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses (18. Sitzung) und des Innen- und Rechtsausschusses (35. Sitzung) am 1. November 2023 Vorschlag der Landesregierung

Herr Goldschmidt, Minister für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur, führt kurz in die Thematik ein und legt dar, es gehe unter anderem um die Frage, wie sich die Küstenlandschaft auf Dauer verändern werde und so gestaltet werden könne, dass sie nachhaltig bewirtschaftet werden könne und für künftige Herausforderungen resilient sei. Geplant sei, Ende Mai den dann vorliegenden Stand der Strategie vorzustellen. Im Folgenden sollten Stellungnahmen eingeholt und eine Beteiligung durchgeführt werden. Ziel sei, die Strategie noch in 2023 im Kabinett zu verabschieden.

Auf eine Nachfrage der Abgeordneten Redmann zum Zeitplan erläutert Herr Dr. Hofstede, Mitarbeiter im Referat Küstenschutz und Häfen; Bundesbeauftragter für den Wasserbau im MEKUN, im Beirat sei kommuniziert worden, dass vorgesehen sei, den Kommunen im Juni und Juli 2024 Gelegenheit zu geben, schriftliche Stellungnahmen abzugeben.

Es folgen Vorträge anhand von PowerPoint-Vorträgen: Herr Dr. Hofstede, Mitarbeiter im Referat Küstenschutz und Häfen; Bundesbeauftragter für den Wasserbau im MEKUN, zur Einführung über die Strategie ([Umdruck 20/2993](#)), Herr Dr. Fröhle, Professor am Institut für Wasserbau der Technischen Universität der Hansestadt Hamburg, zum Thema Wasserstände ([Umdruck 20/3020](#), 1. Teil), Herr Dr. Winter, Professor am Institut für Geowissenschaften der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, zum Thema Morphodynamik ([Umdruck 20/3019](#)) und erneut Herr Dr. Fröhle zum Thema Nachhaltiger Küstenschutz der Zukunft ([Umdruck 20/3020](#), 2. Teil).

Abgeordneter Kleinschmit erkundigt sich nach Sandverlagerungen und aktiven Kliffs. – Herr Dr. Winter erläutert, aktive Kliffs seien dadurch geprägt, dass sie nicht festgehalten würden. Erkannt werden könnten sie daran, dass sie nicht bewachsen seien. Er bestätigt sodann, dass es einen Sandtransport entlang der schleswig-holsteinischen Ostseeküste gebe. Dies könne man an entsprechenden Indikatoren oder Modellrechnungen festmachen. Das Problem in Schleswig-Holstein sei, dass zwar in größeren Teilen Sedimenttransporte stattfinden könnten, aber kein Sand vorhanden sei. Dies sei immer dann zu berücksichtigen, wenn eventuell geplant werde, Buhnen zu bauen, die den Längstransport verhinderten.

Herr Dr. Fröhle geht auf eine Frage der Abgeordneten Backsen zum beobachteten Meeresspiegelanstieg ein und legt dar, in den letzten 100 bis 150 Jahren sei ein grundsätzlicher Meeresspiegelanstieg von 1,5 bis 2 Millimeter pro Jahr zu beobachten gewesen, und zwar sowohl beim mittleren Meeresspiegel als auch bei den Extremen. Das werde bei statistischen Analysen berücksichtigt. – Er bestätigt, westliche Winde würden voraussichtlich zunehmen. Das verstärke den Badewanneneffekt. Die Größenordnung sei schwierig abzuschätzen, da jedes Ereignis individuell sei.

Herr Dr. Winter ergänzt, es handele sich um statistische Grundlagen, die nichts über aktuelle einzelne Ereignisse aussagten. – Er geht auf eine weitere Frage der Abgeordneten Backsen ein und führt aus, Sand könne auf natürlichem Wege gewonnen werden. In der Ostsee sei dies nur aus den Steilufern möglich. Möglich sei auch der Einsatz von Sand aus einer Sandgrube. Das bedeute aber nicht, dass der Sand hydraulisch zum Gebiet passe. Unter Umständen fange man sich damit größere Probleme ein mit der Folge, dass Sand schneller erodiert werde. Die Natur versuche eigentlich immer, das beste Gleichgewicht einzuhalten. Ändere man daran etwas, gebe es auf jeden Fall ein Feedback auf andere beteiligte Systeme. Er halte es für an der Zeit, über ein Manage-Retreat zu sprechen.

Herr Dr. Fröhle geht auf Fragen des Abgeordneten Hölck ein. Als ein Beispiel für eine „wilde Lösung“ nennt er den Klassiker, bei Steiluferbebauung Steine runterzukippen in der Hoffnung, dass das dein Deckwerk sei. Üblicherweise schade man damit der Morphodynamik viel mehr, weil man damit Erosionen verstärke. Es komme zu Verwirbelungen zwischen den Steinen, und in der Folge breche mehr ein als sonst. Ein Deckwerk sei ein technisches Bauwerk, ein Filter, damit Sand nicht durchwandern könne. Die Korngrößen müssten aufeinander abgestimmt

sein, und die letzte Lage müsse so widerstandsfähig sein, dass sie auch starken Stürmen widerstehen könne.

Als ein Beispiel benennt er eine Gemeinde, die für Strandkorbvermieter den Strand hochgeschoben habe. Dadurch sei das natürliche Gleichgewicht gestört worden. Das erste kleine Hochwasser habe dafür gesorgt, dass der Strand wieder weggewesen sei. Die Natur hole sich zurück, was man ihr weggenommen habe. Und dann sei von Erosion die Rede. – Wolle man derartige Maßnahmen durchführen, müsste zusätzlicher Sand eingebracht werden. Außerdem sei das gesamte Querprofil zu betrachten; das gesamte Küstenvorfeld sei zu berücksichtigen.

Welche Vorzugsvariante für den Küstenschutz gewählt werden solle, sei eine gesellschaftliche Entscheidung. Wolle man bestimmte Bereiche erhalten, seien diese zu managen. Es sei notwendig, zusätzlichen Sand in das System hineinzubringen. Die Küste werde durch den Klimawandel zurückweichen.

Herr Dr. Hofstede macht auf eine weitere Frage des Abgeordneten Hölck deutlich, die vorgestellten Erkenntnisse seien Grundlage für künftige Bemessungen. Sie bestätigten viel von dem, was bereits aufgrund der globalen Vorhersagen der IPCC angenommen worden sei.

Abgeordnete Redmann lädt die anwesenden Experten zu einem Gespräch in Ostholstein ein. – Herr Dr. Fröhle sagt zu – auch im Namen von Herrn Dr. Winter –, einer Einladung nach Ostholstein zu folgen.

Herr Jepsen meint, aus den Vorträgen sei deutlich geworden, dass die Ostseeküste sehr individuell sei. Nicht alles könne über einen Kamm geschoren werden. Zu beachten sei, dass es unterschiedliche Schutzgüter gebe. Beispielhaft nennt er Tourismus, Strände, Sachwerte in Städten und Menschenleben. Nach seiner Auffassung werde es keine pauschalen Lösungen für den Küstenschutz an der Ostsee geben können, sondern dieser müsse individuell ausgestaltet werden. Angesichts des Meeresspiegelanstiegs seien allerdings verstärkt Schutzmaßnahmen oder Klimaanpassungsmaßnahmen zu ergreifen.

Herr Dr. Winter meint, die Strategie sei dann erfolgreich, wenn bei den Menschen angekommen sei, dass die Küste dynamisch und ein absoluter Schutz nicht möglich sei. – Herr Dr. Fröhle ergänzt, an der Ostseeküste habe man schon immer mit Sturmfluten, Erosion und

Weiterem gelebt. Im Grunde sei die jetzige Entwicklung nichts Neues, sie sei allerdings anders ausgeprägt.

Auf eine Frage des Vorsitzenden hinsichtlich möglicher Sandverlagerungen aus größerer Entfernung antwortet Herr Dr. Fröhle, dies sei technisch möglich und sofern Geld keine Rolle spiele. Er verweist allerdings auf die Situation in Mecklenburg-Vorpommern, wo es zwar Sandlagerstätten gebe, aber auch relativ große Probleme, sie zu realisieren. In diesem Zusammenhang verweist er auf das Beispiel Dubai. Er verweist nochmals darauf, dass es sich bei Sandverlagerungen um morphologisch passenden Sand handeln müsse.

Auf weitere Fragen merkt Minister Goldschmidt an, auf Sylt würden jährlich Sandvorspülungen für etwa 8 Millionen Euro für 40 Kilometer durchgeführt. Man könne sich anhand dieser Zahl vorstellen, was weitere Vorspülungen an der gesamten Ostseeküste kosten würden. Dies sei wichtig auch vor dem Hintergrund, dass man ohnehin wegen der Klimaanpassung bei den Küsten vor hohen Herausforderungen stehe. Neben der Ingenieurseite sei auch die wirtschaftliche Tragfähigkeit zu beachten.

Auf eine Frage der Abgeordneten Redmann legt Minister Goldschmidt dar, die Ostseeküstenstrategie 2100 sei nicht die Antwort auf die Frage, was heute konkret mit einem Deich gemacht werde, der zerstört worden sei, oder mit einem Deich, von dem bekannt sei, dass er verstärkungswürdig sei. Diese Themen würden auf der Maßnahmenebene mit dem Generalplan Küstenschutz beantwortet oder regional vor Ort von den dafür zuständigen Wasser- und Bodenverbänden beziehungsweise Kommunen. Die Strategie werde keine Maßnahmenschärfe haben und für Orte nicht festlegen, wie Küstenschutz stattfinden solle.

Richtig seien die Ausführungen des Abgeordneten Jepsen, dass es immer individueller Entscheidungen bedürfe. Der Küstenschutz habe einen großen Baukasten individueller Optionen. Dieser Baukasten werde in der Strategie aufgeblättert. Die Grundherausforderungen und Rahmenbedingungen würden benannt. Die Strategie werde eine strategische Leitlinie für die Entscheidungen sein, die individuell vor Ort beziehungsweise im LKN getroffen werden müssten. Die beteiligten Akteure würden am 31. Mai 2024 informiert. Dazu würden sie angehört werden. Sie hätten dann Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen und mitzuteilen, welche Dinge noch

eingebraucht werden sollten, ob etwas anders gesehen werden solle und ob die Strategie nachgeschärft werde. Es werde allerdings keine Vorschläge für konkrete Orte geben, wie Küstenschutz gestaltet werden solle.

(Unterbrechung: 14:05 bis 14:15 Uhr)

2. Gespräch mit dem Landesverband der Gartenfreunde

Herr Schiller, Vorsitzender des Landesverbands der Gartenfreunde, stellt zunächst den Verband vor und legt dar, es handele sich um einen Verein zur Förderung der Kleingärtnerei. Dieser wolle sich am 24. Mai 2024 auf der Jahresmitgliederversammlung in Tönning in „Landesverband der Kleingartenvereine Schleswig-Holstein e.V.“ umbenennen. Er sehe sich als Dachverband der Kleingärtnerorganisationen auf Kreisebene und vertrete deren Interessen. Außerdem sei er Mitglied im Bundesverband der Kleingartenvereine Deutschlands e.V. Der Zweck des Verbandes sei, das Kleingartenwesen in Schleswig-Holstein zu erhalten und seine Zukunft zielbewusst zu bewahren.

Der Verein sei parteipolitisch neutral, aber nicht unpolitisch. Aufgabe sei es auch, den Kontakt zur Landespolitik zu halten und auf Probleme aufmerksam zu machen.

Die einzelnen Aufgaben lägen schwerpunktmäßig in der Ausbildung von Fachberatern, Schätzern und Vermittlern; weiter würden Seminare für Vorstände und neue Vorstände angeboten. Diese Aufgaben seien für das Kleingartenwesen unverzichtbar und kosteten viel Geld. Wichtig sei es, sich durch Beratung und Onlineseminare auszutauschen. Ohne den Landesverband müssten die Mitgliedsverbände die entsprechenden Seminare und Ausbildungen selbst in die Hand nehmen. Dafür fehlten Geld, Erfahrung und Know-how.

Für die Zuwendungen von Landesseite danke der Landesverband und gestalte das Programm effektiv.

Herr Kleinworth, Geschäftsführer, ergänzt, in Schleswig-Holstein würden etwa 100.000 Bürgerinnen und Bürger erreicht, rechne man die Familienangehörigen hinzu. Es gebe ungefähr 30.000 Mitglieder in Schleswig-Holstein, aufgeteilt auf 35.000 bis 38.000 Kleingartenparzellen in etwa 200 Vereinen. Die 15 Kreisverbände seien direkt Mitglieder des Landesverbands. Die Struktur in Schleswig-Holstein sei von unten nach oben gewachsen. Das Kleingartenwesen in Schleswig-Holstein gebe es bereits seit 210 Jahren.

Der erste Kleingärtnerverein sei in Kappeln gegründet worden – damals, um die Pacht nicht einzeln einsammeln zu müssen. Seitdem seit viel Zeit vergangen. Die Aufgaben hätten sich gewandelt. Ein wichtiges Thema sei die Beratung der Mitgliedsvereine. Ein aktuelles Thema

sei der Cannabisanbau. In den Vereinen habe es große Unsicherheit gegeben, ob Cannabis in Kleingärten angebaut werden dürfe. Ein Anbau dürfe nur im Wohnraum erfolgen. Da ein Kleingarten kein Wohnraum sei, dürfe Cannabis dort auch nicht angebaut werden. Das sei die derzeitige Auskunft, die den Kleingartenvereinen gegeben werde. Dies könne sich möglicherweise durch ein Gerichtsurteil ändern. Das sei abzuwarten.

In den letzten Jahren seien viele Themen im Zusammenhang mit Ausbildung erarbeitet worden. Hier sei die Förderung des Landes sehr hilfreich (Umdruck 202994).

Es sei ein Konzept erarbeitet worden, das Personen anspreche, die interessiert an einem Kleingarten seien, Personen, die zu Fachberatern ausgebildet werden sollten und in Vereinen als Multiplikatoren zuständig seien. Positiv sei die Förderung für die Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln. Bereits seit Längerem sei das Thema naturnahes Gärtnern gesetzt und werde aktiv gefördert.

Da er auch beim Bundesverband tätig sei, habe er Zugang zum Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Nach dem Scheitern der Suva-Richtlinie auf EU-Ebene beabsichtige die Bundesregierung, ein Zukunftsprogramm Pflanzenschutz zu entwickeln, zu dem auch sein Verband angehört werde. Das halte er für sehr wichtig. Der Entwurf des Programms zeige, dass in Haus- und Kleingärten künftig keine synthetischen Pflanzenschutzmittel mehr eingesetzt werden dürften. Das werde vom Verband der Kleingärtner begrüßt. Mit biologischen Pflanzenschutzmitteln und Alternativen komme man sehr gut zurecht. Allerdings müsse den Gärtnern auch erklärt werden, wie damit umgegangen werden müsse, wie sie ihre Gärten in Zukunft gestalten müssten, damit Nützlinge eine Heimat hätten. Auch das sei Thema von Ausbildungen. Er sehe den Verein gut aufgestellt und für die Zukunft gewappnet.

Er berichtet sodann über das Projekt „Kleingarten für biologische Vielfalt“. Dieses Dreijahresprojekt laufe auf Bundesebene gerade an. Hier gehe es darum, Kleingärten noch mehr für die biologische Vielfalt aufzubereiten und in Kooperation mit anderen Verbänden – auch mit Kurzvideos – Anleitungen an die Hand zu geben, um funktionierende Kleinstrukturen herzustellen. Auch dort gebe es eine gute Kooperation und Zusammenarbeit.

Neben vielem Positivem gebe es leider auch etwas Negatives, nämlich einen teilweisen Mitgliederschwund. Durch Corona habe es einen enormen Zulauf gegeben. Jetzt sei zu bemerken, dass viele wieder andere Dinge erleben wollten, sodass mehr freie Gärten zu verzeichnen seien. Daneben gebe es auch Vereine, die meinten, dass sie auf einen Dachverband nicht angewiesen seien und diesen verließen.

Im Folgenden geht er auf „Bayern blüht – Natur im Garten“ ein und legt dar, angestrebt werde, auch in Schleswig-Holstein eine Zertifizierung von Naturgärten durchzuführen. Das Projekt in Bayern sei sehr stark auf Kleingärten zugeschnitten und werde federführend vom zuständigen Ministerium gefördert. Er regt an, auch in Schleswig-Holstein entsprechend vorzugehen. Dies würde dazu beitragen, den Ruf des Kleingartenwesens aus den 60er- bis 80er-Jahren abzuschütteln. Im Folgenden gibt er einen kurzen Überblick über die Zertifizierungen in Bayern.

Herr Hansen, stellvertretender Vorsitzender, bekräftigt die Ausführungen von Herrn Kleinworth.

Frau Schlichting, Rechnungsprüferin des Verbandes und Vorsitzende des Kreisverbands Ostholstein, verweist auf die allgemeinen Teuerungen und gibt ihrer Dankbarkeit für die finanzielle Unterstützung des Landes Ausdruck.

Abgeordneter Dirschauer erkundigt sich danach, ob der Mitgliederschwund eine bestimmte Gruppe betreffe, und spricht die Themen Wettbewerb um Flächen, Bereitstellung von Ersatzland sowie Pachtpreise an.

Herr Schiller antwortet, die Pachtpreise seien moderat. In Lübeck betrügen diese – für 9.000 Kleingärtner – 24 Cent pro Quadratmeter und Jahr; dieser Preis sei auf sechs Jahre festgelegt. Es habe einen Ökofonds für die Bereitstellung von Containern bei der Räumung von Parzellen, für Asbestentsorgung und Entsorgung von bitumenhaltiger Pappe gegeben. Dieser Fonds sei derzeit aufgebraucht. – Er bestätigt, dass es in Lübeck einen Mitgliederschwund gegeben habe; allerdings sei der Trend dort wieder gegenläufig. Gegenwärtig gebe es sogar eine Warteliste. Es scheine auch so zu sein, dass sich insbesondere junge Familien um einen Kleingarten bemühten.

Herr Kleinworth legt dar, dass in der Vergangenheit häufig Baumaßnahmen auf Geländen stattgefunden hätten, die Kleingärten gewesen seien. Der Verein versuche immer wieder, darauf hinzuweisen, dass für derartige Zwecke Industriebrachen oder ähnliche Gebiete umgewandelt werden sollten, nicht aber Kleingärten. Hier gebe es einen Austausch mit den Bürgermeistern und den zuständigen Behörden.

Die Flächen seien durch das Bundeskleingartengesetz bis zu einem gewissen Grad geschützt. Gebe es keine anderen Flächen für diese Vorhaben, müssten die Kleingärten weichen. In seiner bisherigen 17-jährigen Tätigkeit habe er es erst einmal erlebt, dass Ersatzland gestellt worden sei. In der Regel gebe es eine Entschädigung der Vereine, der aber den Verlust der Gärten nicht aufwiege.

Ein weiterer möglicher Schutz sei, aus Kleingärten ökologisch wichtige Flächen zu machen. Wenn Kleingärten es schafften, sich so aufzustellen, dass sie entsprechend bewirtschaftet seien, hoffe er, dass Kleingärten eine Unterstützung von anderen Organisationen erhielten. Auch deswegen solle der Weg über eine Zertifizierung gegangen werden.

Er geht sodann auf die Pachtpreise ein und merkt an, dass es auch Pachtpreise von vier Cent pro Quadratmeter und Jahr gebe. Dass das Empfinden dafür, welcher Preis zu hoch sei, unterschiedlich sei, sei daran zu erkennen, dass dieser Preis von dem betreffenden Verein für zu hoch gehalten werde.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es durchaus andere Beispiele gebe. So sei beispielsweise in Itzehoe eine Kleingartenanlage durch Bürgerbescheid erhalten worden.

Abgeordneter Hölck erkundigt sich ebenfalls nach dem genannten Rückzug aus dem Kleingartenwesen sowie dem Migrationsanteil und der Integration. Er geht auf das Thema Flächenkonkurrenz ein und hält es für notwendig, gegebenenfalls im Rahmen der Landesentwicklung einen entsprechenden Ausgleich vorzusehen.

Herr Kleinworth bezieht sich auf das Thema Flächenkonkurrenz und legt dar, dass beispielsweise im Hamburger Rand eine Verdichtung stattfinde. So werde etwa eine Anlage mit 50 Kleingärten aufgelöst und 75 neue würden gebaut. Dadurch gewinne man 25 neue Gärten und 25 neue Mitglieder. Das funktioniere in Hamburg deswegen, weil es einen Vertrag gebe,

nach dem für jeden aufgelösten Garten mindestens ein neuer errichtet werden müsse. Allerdings gebe es auch Hamburger Kleingärtner, die Flächen in Schleswig-Holstein hätten. Auch deshalb gebe es die Flächenverdichtung. Ziel sei, möglichst vielen Menschen den Zugang zu Gärten zu gewähren.

Herr Hansen geht auf den Bereich der Integration ein und legt dar, dass diese regional unterschiedlich sei. Von einem Verein in Schleswig mit 300 Mitgliedern könne er berichten, dass es einen Ausländeranteil – von denjenigen, die weniger als zehn Jahre im Verein seien – von 49,1 Prozent gebe. Der Altersdurchschnitt, der in etwa den des Landes widerspiegele – betrage 48,7 Jahre. Integration in den Vereinen finde insbesondere über Kinder statt. So würden beispielsweise Insektenhotels gebaut, bei denen die Kinder über die Erwachsenen hin zu Gemeinschaftsarbeit gelenkt würden. Es gebe einen Pflichtstundenanteil, den die Mitglieder als Gemeinschaftsarbeit zu leisten hätten, um die Anlage in Schuss zu halten. Oft würden Feste durchgeführt, bei denen sehr genau darauf geachtet werde, dass beispielsweise Essensvorschriften für bestimmte Gruppen berücksichtigt würden.

Von Abgeordneter Röttger auf den Anbau von Obst und Gemüse angesprochen, legt Herr Kleinworth dar, in diesem Bereich gebe es viele Ausbildungsangebote. Kernthema der Kleingärtner sei die Produktion regional angebaute ökologischer Produkte. Es sei in dieser Sitzung noch nicht erwähnt worden, weil das für die Kleingärtner im Prinzip selbstverständlich sei. Zu fragen sei, ob das Bildungsangebot der Kleingärtner auch in einem größeren Rahmen zur Verfügung gestellt werden könne.

Er geht sodann auf eine Frage des Abgeordneten Hölck ein, und führt aus, dass er sich von der Politik Unterstützung erhoffe. Moralische Unterstützung sei gut, eine monetäre Unterstützung wäre noch besser. Wünschenswert wäre ein weiteres Bildungsangebot auch durch externe Referenten und digitale Bildungsangebote mit entsprechender Technik. Dies sei allerdings nur mit einer entsprechenden finanziellen Unterstützung machbar.

Abgeordneter Kock-Rohwer führt aus, sein Bild von Kleingärten stamme aus der 70er-Jahrezeit; dies sei gerade durch die Ausführungen auf den Kopf gestellt worden. Er bietet an, moralische Unterstützung zu leisten, und nimmt in Aussicht, sich auch vor Ort zu informieren.

Auf die Frage des Abgeordneten Kock-Rohwer hinsichtlich Bildungsangeboten erläutert Herr Kleinworth, diese würden auf unterschiedlichen Wegen angeboten. So gebe es Präsenzveranstaltungen, beispielsweise in Ellerhoop, wo in einem Saal 120 Personen Platz hätten. Dieses Angebot werde sehr gut angenommen. Außerdem gebe es ein einfaches digitales Angebot. Auch diese Termine seien gut gebucht. Daneben gebe es auch immer wieder Termine vor Ort, die häufig von ihm wahrgenommen würden. Er freue sich immer darüber, wenn Referenten aus dem Profibereich gewonnen werden könnten, die die Arbeit unterstützten.

Die Anzahl der Teilnehmenden bei Vor-Ort-Terminen schwankten zwischen 30/40 bis 100 Personen. Digital sei dies schwer messbar, weil sich häufig mehrere Personen im Vereinsheim trafen und einen Vortrag über Beamer anhörten. Nach den bisherigen Erfahrungen könne er allerdings sagen, dass es pro Jahr etwa 1.000 Teilnehmer gebe.

Auf eine Frage des Abgeordneten Kumbartzky hinsichtlich der Übergangsregelung bei der Größe von Lauben zu Wohnzwecken antwortet Herr Schiller, diese Lauben stammten noch aus Kriegszeiten. Damals sei angebaut worden. Sofern ein Pächter eine Parzelle verlasse, die noch über eine Laube zu Wohnzwecken verfüge, sei diese auf die Höchstquadratmeterzahl von 24 zurückzubauen. In Lübeck gebe es noch drei größere Lauben.

Von Abgeordneter Redmann auf die Drittelregelung in den Kleingärten angesprochen, antwortet Herr Kleinworth, nach dem Bundeskleingartengesetz sei der Kleingarten vorwiegend kleingärtnerisch zu nutzen. Nach einem Urteil zugunsten der Kleingärtner gebe es nunmehr die Regelung, dass ein Drittel der Fläche für den Anbau von Obst und Gemüse genutzt werden müsse. Eine Definition für die Gestaltung der verbleibenden zwei Drittel gebe es nicht. Dies lasse viel Raum für Ideen. Ziergehölzer, Zierpflanzen, Blumenpflanzen, Blumenwiesen, Ganzbiotop, Totholzhecken und so weiter fänden im Kleingarten Platz. Außerdem solle es Platz geben, sich auszuruhen. Schauen man sich die neuen Kleingärtner an, sei dies in der Regel kein Problem; diese kämen, um Obst und Gemüse anzubauen. Das Erlebnis, selbst auszusäen, zu ernten und zu verwerten, sei für die Mitglieder sehr wichtig.

Abgeordnete Kleinschmit stellt eine Nachfrage zu der Zertifizierung von Kleingärten und möchte wissen, ob die Kombination zwischen einer Zertifizierung von Naturgärten und dem Anbau von Obst und Gemüse ohne Weiteres möglich sei. – Herr Kleinworth versichert, dass sich dies nicht ausschließe. Gerade in naturnah bewirtschaftete Gärten finde man an jeder

Ecke etwas, was geerntet werden könne, wenn dies richtig umgesetzt sei. Sinnvoll sei, aufzuhören, in Rastern zu denken, also dass sich an einer Stelle Obst und an einer Stelle Blumen zu befinden hätten. Eine Kombination sei sehr gut möglich.

Wichtig sei, dass es Naturgärten gebe. Im Vordergrund stehe, dass es keinen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, Torf sowie chemischen Düngemitteln gebe. Ziel sei, dies umzusetzen. Davon profitierten am Ende alle, die Kleingärtner, die Gemeinden, die Natur, die Artenvielfalt sowie die Insekten.

Der Vorsitzende regt an, für die Bereiche Bildung und nachhaltige Entwicklung eine Projektförderung aus Bingo-Lotto anzustreben. Er spricht sodann seinen Dank und seinen Glückwunsch für die geleistete Arbeit aus.

Herr Kleinworth lädt die Abgeordneten – gegebenenfalls in einer kleineren Gruppe – ein, eine Kleingartenanlage zu besichtigen, die ein moderneres Bild habe.

3. **Gespräch mit den schleswig-holsteinischen Kommissionsmitgliedern Leitbildkommission Zukunft Ostseefischerei**

- Dr. Marie-Catherine Riekhof
Professorin für Politische Ökonomie des Ressourcenmanagements mit Schwerpunkt auf Meeres- und Küstenressourcen
- Dr. Heike Schwermer
Center for Ocean and Society (per Video-Zuschaltung)
- Wolfgang Albrecht
Fischereischutzverband Schleswig-Holstein e.V. (per Video-Zuschaltung)
- Dr. Juliane Rumpf
ehem. Ministerin für Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, ehem. Kreispräsidentin des Kreises Rendsburg-Eckernförde
- Vera Knoke
Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur
- Martin Momme
Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

Frau Dr. Riekhof, Professorin für Politische Ökonomie des Ressourcenmanagements mit Schwerpunkt auf Meeres- und Küstenressourcen an der CAU Kiel, Vorsitzende der Leitbildkommission Zukunft Ostseefischerei, führt anhand eines PowerPoint-Vortrags in die Arbeit und die Ergebnisse der Kommission ein ([Umdruck 20/2995](#)).

Herr Marquardt, Landesfischereiverband Schleswig-Holstein, legt dar, in Mecklenburg-Vorpommern gebe es noch etwa 110 Küstenfischer, in Schleswig-Holstein 65 Haupterwerbsfischer, und circa 250 Personen seien im Zuerwerb tätig. Auf seine Fragen in der Kommission hinsichtlich konkreter Zukunftsperspektiven habe er keine Antwort erhalten. Zwar gebe es die Aussage, dass die Küstenfischerei erhalten werden solle, aber ihm fehle die Perspektive für die Zukunft, auch angesichts der jungen Fischer, die eine entsprechende Ausbildung machten.

Der Vorsitzende zeigt Verständnis dafür, dass es für Fischer schwierig sei, wenn es in der Ostsee keine Fische oder geringe Quoten oder Gebiete gebe, in denen nicht gefischt werden dürfe. Deshalb werde aus dem politischen Raum versucht, dies zu begleiten und die Wissenschaft an Bord zu holen, um Perspektiven aufzuweisen – immer mit der Gefahr verbunden, dass der Fischereiberuf aussterben könnte, weil die Organisation in einer Übergangsphase schwierig sei.

Auf eine Frage der Abgeordneten Kleinschmit hinsichtlich der Ausbildungszahlen legt Herr Marquardt dar, in 2023 und 2024 gebe es drei Auszubildende aus dem Bereich der Ostsee; der überwiegende Teil komme aus der Krabbenfischerei.

Er widerspricht der Aussage des Vorsitzenden, in der Ostsee gebe es zu wenig Fische. Der Hering sei in der Ostsee nicht heimisch; er ziehe lediglich durch. Der Dorsch liebe kühle Gewässer; er ziehe ab. Was reichlich vorhanden sei, seien Plattfische. Diese dürften aber in der Schonzeit des Dorsches zuzüglich eines weiteren 30-Tage-Zeitraums nicht gefischt werden. Hinzu komme die Ausweisung von Schutzgebieten. Er betont außerdem, dass sich die Fischer, seitdem es Quoten gebe, immer an diese gehalten hätten; insofern habe keine Überfischung stattgefunden.

Abgeordneter Hölck fragt, inwieweit sich der Aktionsplan Ostseeschutz in das vorgestellte Leitbild einfüge. Er erkundigt sich nach Maßnahmen, um junge Menschen für den Beruf des Fischers zu gewinnen, ob der Beruf eines Sea-Rangers etwas sei, dem sich der Fischereiverband annähern könne, und ob der Landesfischereiverband bei der Ausarbeitung des Aktionsplans Ostseeschutz gehört worden sei.

Herr Marquardt berichtet, Minister Schwarz habe zu einem Gespräch eingeladen. Dort sei diskutiert worden, was zum Schutz der Ostsee beigetragen werden könne. Die Fischerei würde Fischereifahrzeuge gerne umweltfreundlich ausgestalten und umweltfreundliche Fanggeräte benutzen. Sie sei seit Jahren bereit, einen derartigen Beitrag für den Umweltschutz zu leisten.

Er erinnert daran, dass von den 670 Millionen Euro aus den Windenergie-auf-See-Geldern vermutlich lediglich 100.000 Euro für die Fischerei blieben. Dies halte er für die gewünschten Umstrukturierungsmaßnahmen für nicht ausreichend.

Es habe eine weitere Besprechung in der Staatskanzlei gegeben, an der er allerdings nicht teilgenommen habe. Nach seiner Auffassung seien den Fischern die Maßnahmen aus dem Nationalplan Ostseeschutz übergestülpt worden.

Herr Albrecht, Fischereischutzverband Schleswig-Holstein e.V., ergänzt, er habe an dem Gespräch beim Ministerpräsidenten teilgenommen. Auf die Anmerkung hinsichtlich möglicher Veränderungen der Vorschläge hinsichtlich der Nullnutzungszonen habe der Ministerpräsident

geantwortet, dass es sich um eine politische Entscheidung handele, über die man nicht zu reden brauche.

Frau Dr. Riekhof legt dar, bekannt sei, dass zehn Prozent der Meeresflächen unter strengen Schutz gestellt werden sollten. Dabei werde die Fischerei gleichrangig mit anderen Nutzungen entsprechend der jeweiligen Umweltauswirkungen betrachtet. Dies halte sie für notwendig, und sie gehe davon aus, dass dies auch in den Aktionsplan Ostseeschutz übernommen worden sei.

Bei anderen Punkten, beispielsweise der Einbindung aller Beteiligten, stimmten die beiden Papiere überein. So sei beispielsweise ein großer Wert gelegt worden auf Dialog sowie auf die Reduzierung von Müll und Nährstoffeinträgen. Das sei aus ihrer Sicht ein Beitrag für ein gesundes Ökosystem.

Bei dem Punkt, junge Menschen für die Fischerei zu gewinnen, gehe es um Perspektiven, Langfristigkeit und das Image, darum, dass dies Menschen seien, die nachhaltig arbeiteten und für den Schutz des Meeres einträten.

Bei volkswirtschaftlicher Betrachtung werde oft über negative Folgen der Fischerei gesprochen. Darauf werde in dem Leitbild ebenfalls eingegangen und gefordert, umweltfreundliche Technologien und umweltschonende Technologien zu entwickeln. Zu sehen sei, dass es auch positive Entwicklungen auf Gemeinden, beispielsweise im Tourismus, gebe. Dies sei ein Argument dafür, die kleine Küstenfischerei zu unterstützen und eine Perspektive aufzuzeigen. Möglicherweise könne eine Zertifizierung dazu beitragen, das Bild der Ostseefischerei positiv darzustellen.

Abgeordneter Dirschauer geht auf den Prozess ein und erkundigt sich danach, ob die gefundene Einigkeit durch den Aktionsplan 2030 konterkariert worden sei. Letztere dürfe seiner Ansicht nach nicht zum Sargnagel der Ostseefischerei werden. Dieser traditionelle Wirtschaftszweig habe auch einen großen touristischen Aspekt und sei Teil des kulturellen maritimen Erbes. Er erkundigt sich danach, wie das Leitbild operationalisiert werden könne und welche Beiträge das Land dazu leisten könne.

Frau Dr. Riekhof legt dar, dass der Prozess an manchen Stellen durchaus holprig gewesen sei. Alle hätten einen Schritt aufeinander zugehen müssen. Das sei aber gemacht worden. Am Ende sei ein gemeinsamer Bericht erstellt und verabschiedet worden. Weil dies schwierig sei und ein großer Schritt nach vorn, habe der Bericht einen großen Wert.

Sie verweist auf eine Forschungsmission der Deutschen Allianz für Meeresforschung, in der unter anderem der Frage nachgegangen werde, was es für die Fischerei bedeute, wenn bestimmte Gebiete beispielsweise umfahren werden müssten. Erst nach Abschluss dieser Untersuchungen werde eine konkrete Aussage dazu getroffen werden können.

Herr Momme aus dem Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur ergänzt, die Leitbildkommission habe sich zusammengesetzt aus Vertretern aller Küstenländer und des Bundes. Gemeinsam könne durchaus einiges bewegt werden. Es werde darüber zu diskutieren sein, wie die Windenergie-auf-See-Mittel eingesetzt werden könnten, um Punkte, die die Leitbildkommission genannt habe, zu fördern. In der Zukunftskommission Fischerei werde über die Verwendung dieser Mittel diskutiert. Neben der Fischerei gebe es die Umweltkomponente, von der man sich vorstellen könne, daraus Maßnahmen zu finanzieren, die der Fischerei zugutekämen. Zu nennen sei auch das Landesprogramm aus dem EMFAF – Landesprogramm Fischerei und Aquakultur. Daraus könnten beispielsweise Fischereibetriebe bei Diversifizierungsbemühungen unterstützt werden. Zum Teil könnten energiesparende Umrüstungen gefördert werden. Möglicherweise könne man bei größeren Maßnahmen versuchen, ein Programm bei der EU notifizieren zu lassen.

Frau Dr. Rumpf, ehemalige Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume sowie ehemalige Kreispräsidentin des Kreises Rendsburg-Eckernförde, wendet sich ebenfalls dem Prozess zu und legt dar, dieser sei in unterschiedlichen Phasen verschieden gewesen. Solange Wissen aufgenommen worden sei, sei dies sehr einvernehmlich gewesen. Schwierig sei es gegen Schluss geworden, als man das Leitbild aufgeschrieben habe. Es habe sich um einen sehr schwierigen Prozess gehandelt; daher sei das einstimmig getragene Ergebnis sehr wertvoll.

Ihr als Vertreterin der Gesellschaft und der Kommunen sei wichtig, dass die Fischerei zur Identität des Landes gehöre. Genauso wichtig sei aber auch ein gesundes Ökosystem. Zu

betrachten seien auch Tourismus und Freizeitfischerei. Die Basis dafür müsse gesund sein, sodass die Fischerei arbeiten könne.

Im Kreis Rendsburg-Eckernförde habe man sich in der letzten Legislaturperiode sehr intensiv mit den Munitionsaltlasten beschäftigt. Auch das gehöre zu den Bemühungen um das Ökosystem. Das sei aus kommunaler Sicht ein ganz wichtiger Punkt. Sie hoffe, dass sich die Landesregierung einbringe und auf den Bund einwirke, dass die Arbeiten in Angriff genommen und zügig durchgeführt würden.

Das Leitmotiv sei Teil eines wissensbasierten, transparenten und effizienten Managementsystems. Die Neuerung sei, dass alle dazu Ja gesagt hätten, auch die Fischerei. Bekannt sein müsse, ob die künftigen Maßnahmen überhaupt nützten und dem Ökosystem hülften. Ganz wichtig sei die Verständigung darauf, Datengrundlagen für weitere Maßnahmen zu erheben.

Frau Knoke, Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur, legt dar, sehr wichtig sei die Basis des Ökosystems. Das finde sich an vielen Stellen des Abschlussberichts der Leitbildkommission. Ein Gewinn für die Diskussion innerhalb der Kommission sei die wissenschaftliche Leitung von Frau Dr. Riekhof gewesen, außerdem die vielen wissenschaftlichen Vorträge von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Ein Riesengewinn sei, dass es vor dem Hintergrund der vielen Vertreterinnen und Vertreter aus den unterschiedlichsten Bereichen gelungen sei, einen einheitlichen Abschlussbericht zu verabschieden.

Frau Dr. Riekhof bestätigt auf eine Frage der Abgeordneten Backsen, dass es sich bei der Leitbildkommission um einen einjährigen Prozess gehandelt habe.

Auf eine weitere Frage hinsichtlich der Zusammensetzung der Kommission verweist Frau Dr. Riekhof darauf, dass die Auswahl auf Bundesebene getroffen worden sei. Nach ihrem Eindruck seien viele der Kommissionsmitglieder mit der Arbeit in der Ostsee, auch der Fischerei, vertraut.

Sie macht ferner deutlich, dass in dem Leitbild die Aufforderung stecke, mitzudenken, wo man hin wolle und in welche Richtung man sich bewege. Ein konkreter Prozess sei der Einsatz von Sea-Rangern. Zu fragen sei, ob dies für Schleswig-Holstein sinnvoll sei und wo man sie konkret einsetzen könne, um weitere Zukunftsperspektiven zu schaffen.

Herr Marquardt berichtet kurz über die Zusammensetzung der Kommission und legt dar, dass aus der Praxis der Fischerei lediglich er sowie Herr Albrecht vom Fischereischutzverband vertreten gewesen seien.

Er geht ferner auf die Verwendung der Windenergie-auf-See-Mittel ein und berichtet, nach Aussage von Fischereiminister Schwarz sei es nicht möglich, diese Gelder für Neubauten umweltfreundlicher Fischereifahrzeuge mit E-Motor oder ethanolbetriebenen Motoren zu verwenden. Die vorhandenen Fahrzeuge seien dafür nicht geeignet. Nach seiner Auffassung sei es aber notwendig, wolle man Umweltschutz praktizieren, entsprechendes Equipment zu haben.

Abgeordneter Kumbartzky legt dar, er teile die bereits angesprochene Sorge, dass durch den Aktionsplan Ostsee große Teile des Abschlussberichts der Leitbildkommission Makulatur sei. Er stellt sodann konkrete Fragen zu den Themen Sea-Ranger und Dialogprozess für die Nordseefischerei.

Frau Knoke legt dar, eingeladen gewesen seien die Fischereiverbände auf Bundes- und Landesebene. Den Grund dafür kenne sie nicht. Die Naturschutzverbände seien nur auf Bundesebene eingeladen gewesen. Dennoch glaube sie, dass der Abschlussbericht ausgewogen gewesen sei.

Frau Knoke erläutert, zwei Prozesse seien zu unterscheiden. Die Zukunftskommission Fischerei in Nord- und Ostsee, die vor zehn Tagen zum ersten Mal getagt habe, sei auf Bundesebene eingesetzt worden und beschäftige sich mit Nordsee und Ostsee. Sie sei vom BMEL eingesetzt worden. Davon zu unterscheiden sei der Zukunftsdialog nach dem Koalitionsvertrag zur Krabbenfischerei im Nationalpark. Dieser Dialog sei auf Schleswig-Holstein und – wie Herr Momme bestätigt – auf die Krabbenfischerei begrenzt.

Herr Marquardt geht auf die mögliche berufliche Perspektive als Sea-Ranger ein und legt dar, grundsätzlich wollten Fischer in ihrem erlernten Beruf tätig sein. Möglicherweise seien aber einige bereit, sich der Aufgabe eines Sea-Rangers zu nähern, um ein Zubrot verdienen zu können.

Frau Dr. Riekhof ergänzt, es gehe um die Frage, wie die Fischerei noch überleben könne. Einige Fischer seien strikt gegen die Idee eines Sea-Rangers, andere könnten sich vorstellen,

in diesem Bereich tätig zu sein, hätten aber auch kritisch hinterfragt, welche Möglichkeiten es gebe und wie die Finanzierung erfolge.

Abgeordnete Redmann hält es für positiv, dass unterschiedliche Bereiche – unter anderem Fischerei, Naturschutz und Tourismus – an einem Tisch gesessen und sich ausgetauscht hätten. Im Folgenden spricht sie die Verbindlichkeit des Ergebnisses der Leitbildkommission an.

Abgeordneter Uekermann begrüßt die Verständigung auf einen Abschlussbericht. Er erkundigt sich nach einer möglichen Abstimmung mit den übrigen Ostsee-Anrainern sowie der Verwendung der Windenergie-auf-See-Mittel.

Herr Momme legt dar, dass eine Abstimmung mit den übrigen Anrainerstaaten der Ostsee nicht stattgefunden habe. Der Auftrag sei gewesen, ein Leitbild zu entwickeln, wie in der Bundesrepublik die Zukunft der Fischerei gesehen werde. Ein Leitbild sei nicht verbindlich – es sei denn, es würde eine entsprechende politische Entscheidung getroffen.

Mit den Ergebnissen der Kommission, die von den Staatssekretärinnen und Staatssekretären von Bundes- und Länderebene eingesetzt worden sei, wolle man etwas machen. Sofern er Einfluss ausüben könne, werde er versuchen, entsprechende Ergebnisse umzusetzen.

Hinsichtlich der Windenergie-auf-See-Mittel legt er dar, dass es keine Aufteilung auf die Länder gebe. Es gebe auch noch keinerlei Festlegungen. In der Zukunftskommission Fischerei werde über Finanzierungsfragen gesprochen. Schleswig-Holstein sei in dieser Kommission vertreten. Die Maßnahmen für die Ostseefischerei seien nicht unbedingt spezifisch für Schleswig-Holstein. Alles, was an Maßnahmen für die Fischerei entwickelt werde, könne letztlich allen zur Verfügung stehen. Die Bedürfnisse seien in allen Ländern ähnlich.

Frau Knoke ergänzt die Ausführungen von Herrn Momme und erinnert daran, dass in der Leitbildkommission der Bund mit verschiedenen Ministerien, die drei großen Küstenländer sowie verschiedene andere Verbände teilgenommen hätten. Eine Verbindlichkeit könne das Ergebnis nicht haben. Allerdings halte sie es für eine sehr gute Grundlage für eine politische Entscheidung, die auf den verschiedenen Ebenen möglicherweise unterschiedlich ausfallen werde. Was davon in Schleswig-Holstein mit welchen Mitteln umgesetzt werden könne, sei eine Diskussion, die auch in Schleswig-Holstein zu führen sei. Die Windenergie-auf-See-Mittel

seien bisher nicht verausgabt. Schleswig-Holstein versuche selbstverständlich, Einfluss darauf zu nehmen.

Frau Dr. Riekhof legt dar, die Kommission habe manchmal den Anspruch gehabt, eine Vorreiterrolle zu entwickeln. Oft werde auf die EU verwiesen. Die Leitbildkommission sei von projektstrategischer Bedeutung für die EU. Hier gebe es durchaus eine Verbindung.

Auch die Wissenschaft nehme den Bericht wahr, schon allein deshalb, weil Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Kommission vertreten gewesen seien. Auch im Bereich der Wissenschaft werde sicherlich diskutiert werden, wie man zu dem angestrebten Ziel komme. Dies könne der Politik möglicherweise helfen. Es könne durchaus auch ein Anreiz sein, in die Umsetzung zu kommen. Sie weist ferner auf das Angebot hin, nach einer angemessenen Zeit zu evaluieren, inwieweit die Maßnahmen zur Umsetzung des Leitbildes ergriffen worden seien, ob Maßnahmen umgesetzt worden seien und ob sie sich bewährt hätten. Nach ihrer Auffassung seien Maßnahmen notwendig, wenn die Küstenfischerei erhalten werden solle.

Herr Marquardt weist auf mehrere umweltfreundlich betriebene Fahrzeuge hin. Er legt auch dar, dass derzeit für die Ausübung der Fischerei nur die jetzt betriebenen Fischereifahrzeuge benutzt werden dürften. Nur mit diesen dürfe Fischerei ausgeübt, aber keine andere Tätigkeit betrieben werden. Sollten also Sea-Ranger eingesetzt werden, müssten dafür entsprechende Fahrzeuge vorgehalten werden.

Herr Albrecht geht auf den Zeitfaktor ein und vertritt die Ansicht, dass die Fischerei derzeit „mit einer Schlagaderblutung auf der Trage“ liege. Diese müsse zunächst gestillt werden; man müsse einen Notverband anlegen in der Form, dass die Betriebe von Kosten entlastet würden. Alle anderen Ideen seien dem nachzuordnen.

Zu dem Thema Sea-Ranger legt er dar, er habe in der letzten Woche eine Umfrage bei seinen Verbandsmitgliedern gestartet. Bisher hätten von 240 Personen lediglich zwei Interesse gemeldet.

Abgeordnete Redmann erkundigt sich danach, ob es möglich sei, aus dem Leitbild konkrete politische Hilfestellungen für das Parlament abzubilden.

Frau Dr. Riekhof erläutert, die Kommission sei am Ende in ein Zeitproblem gelaufen und habe konkrete Maßnahmen nicht mehr im Detail abstimmen können. Sie halte es aber für möglich, gemeinsam mit der Wissenschaft Projekte zu starten und Dinge auszuprobieren, um in einigen Bereichen zu einer Konkretisierung zu kommen.

Herr Marquardt weist darauf hin, dass es aus Mecklenburg-Vorpommern in der Kommission das Begehren gegeben habe, die Quoten neu aufzuteilen. Dagegen hätten sich die Vertreter aus Schleswig-Holstein stark gewehrt.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, wichtig sei, wenn sich Fachleute aus unterschiedlichsten Bereichen zusammenfänden und sich eines so wichtigen Themas wie der Zukunft der Ostseefischerei annähmen, dass Ergebnisse erzielt und ein Leitbild formuliert worden sei. Die Aufgabe aus dem Bereich der Politik sei nun, sich damit zu beschäftigen. Er ermuntere seine Kolleginnen und Kollegen, sich aktiv an dieser Diskussion zum Wohle der Ostseefischerei zu beteiligen.

In der heutigen Diskussion sei deutlich geworden, dass es auf verschiedensten Ebenen unterschiedliche Kommissionen gebe, die sich mit der Weiterentwicklung beschäftigten und dass man sich mit anderen Anrainern der Ostsee verständigen müsse.

Abschließend bedankt sich der Vorsitzende für die in der Kommission geleistete Arbeit sowie dafür, dass die Kommissionsmitglieder bereit gewesen seien, im Ausschuss zu berichten und für Fragen zur Verfügung zu stehen.

4. Information/Kennntnisnahme

[Umdruck 20/2760](#) – Antworten des MLLEV auf Nachfragen zu Einzelplan 08

[Umdruck 20/2769](#) – Antworten des MEKUN auf Nachfragen zu Einzelplan 13 sowie Kapitel 12 13 und 16 13

Der Ausschuss nimmt die oben aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

5. Verschiedenes

a) Zukunft der Biogasbranche und Rolle der Branche in der Kraftwerksstrategie

Der Ausschuss kommt überein, nach der Sommerpause Vertreter von LEE SH einzuladen.

b) Biologisches Moorschutzprogramm/Flächentausch

Der Ausschuss verständigt sich darauf, folgende Institutionen zu einem Gespräch einzuladen:

Stiftung Naturschutz, Landgesellschaft, Bauernverband, Landwirtschaftskammer, Landesforsten, Evangelische Kirche.

Als Termin ist der 12. Juni 2024, 14 Uhr, vorgesehen.

c) Munitionsbergung aus der Ostsee

Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen kommt der Ausschuss überein, die geplante Erörterung mit Vertreterinnen und Vertretern des BMUV nicht durchzuführen.

d) Rückbau des Kernkraftwerks Brokdorf und Weiternutzung/Alternative Nutzung des Standorts

Als Termin für ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern von PreussenElektra legt der Ausschuss den 15. Mai 2024 fest.

e) Besuch des U.S.-German Forum Future Agriculture des Aspen-Instituts Germany und des Agriculture College der University of Illionois

Der Vorsitzende erinnert daran, dass das Gespräch für den 15. Mai 2024, 16 Uhr – in englischer Sprache – vorgesehen ist.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Rickers, schließt die Sitzung um 16:50 Uhr.

gez. Heiner Rickers
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin